

Beim Wirtschaftsforschungs-
institut WFO stehen einige
Restrukturierungsmaßnahmen
an. Der Wettbewerb wird auf
allen Seiten härter.

Der Chef des renommierten Wifo, Christoph Badelt, muss dem Wirtschaftsforschungsinstitut einen Restrukturierungskurs verordnen. Zwar kürzen die Hauptgeldgeber des Instituts – Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Österreichische Nationalbank und Finanzministerium – ihre Basisfinanzierung nicht. Trotzdem ist eine Budgetlücke zwischen einer und zwei Millionen Euro zu schließen, wie aus dem Wifo-Kreisen zu vernehmen ist.

Offenbar naschen neue Wirtschaftsforschungseinrichtungen zunehmend stärker am Kuchen mit, etwa Agenda Austria oder EcoAustria. Beide stehen der Industriellenvereinigung nahe, die ihren Beitrag zum Wifo schon vor vielen Jahren um die Hälfte gekürzt hat.

Außerdem seien wegen des harten internationalen Wettbewerbs um EU-Auftragsmittel, den vor allem Länder mit niedrigeren Lohnkosten wie Polen oder



WIFO-CHEF Christoph Badelt muss sparen.

Kleineres Stück vom Kuchen

Irland anheizen, einige EU-Aufträge nicht zustande gekommen, mit denen das Wifo fix gerechnet hat.

Stark gestiegen sind auch Zahlungen des Wifo an die VBV-Pensionskasse, deren Erträge wegen der Niedrigzinsen weit hinter den Annahmen zurückbleiben. Altverträge (vor Mitte der 90er-Jahre abgeschlossen) sehen in diesem Fall eine Nachschusspflicht des Wifo vor. Hier will Badelt mit den Betroffenen nun nachverhandeln, wie das schon in einigen Fällen im öffentlichen Bereich gemacht wurde.

Das Wifo-Personal ist angeblich zu Zugeständnissen bei Gehaltsanpassungen und freiwilligen Sozialleistungen, etwa einer Prämie nach 25 Dienstjahren, bereit. Das wird aber wohl nicht ausreichen, um das Finanzloch zu füllen.

Wifo-Chef Badelt wird den Vorstand des Trägervereins – Präsident ist Wirtschaftskammer-Boss Harald Mahrer – bei nächster Gelegenheit über die geplanten Restrukturierungsmaßnahmen informieren. Dass er mehr Geld bekommt, ist auszuschließen. ALP

In den Casinos läuft die Kugel nicht rund

In den heimischen SPIELCASINOS fielen die Ergebnisse
in den ersten drei Quartalen 2018 dramatisch zurück.

Einen großen Knall, wie mitunter erwartet, wird es bei der Aufsichtsrats-sitzung der Casinos Austria AG am 11. Dezember nicht geben. Am Vertrag von CEO Alexander Labak, der Ende 2019 in jedem Fall ausscheidet, wird vorerst nicht gerüttelt.

Sehr genau wird sich das Kontrollgremium unter Walter Rothensteiner aber die Neunmonatszahlen der österreichischen Casinos ansehen. Denn die schauen gar nicht gut aus. Im ersten Halbjahr 2017 wurden noch knapp zehn Millionen Euro Gewinn ausgewiesen, heuer waren es im gleichen Zeitraum unter zwei Millionen. Danach folgten im Juli und August die schlechtesten Ergebnisse der Geschichte, wodurch der Rückfall inklusive

CHEFAUFSEHER Walter Rothensteiner wird einen genauen Blick auf das Zahlenwerk werfen.

dem dritten Quartal sogar noch stärker ausfallen dürfte.

Und die neue Werbelinie für die Casinos, die seit Ende Oktober läuft, hat den Ansturm auf Roulette- und Black-Jack-Tische auch nicht so weit in die Höhe getrieben, dass bis Jahresende noch sehr viel aufgeholt werden könnte.



Gegen Steuerautonomie der Länder

➔ Am Rande einer Veranstaltung der AK Wien sprach sich Hubert Fuchs, der Staatssekretär im Finanzministerium, gegen eine Steuerautonomie für die Bundesländer aus, obwohl es in der Koalition auch durchaus Stimmen dafür gibt. „Grundsätzlich stimmt es. Ausgaben und Einnahmen sollen in einer Hand sein. Aber ich bin gegen einen Steuerwettbewerb in Österreich“, sagte Fuchs. Und: „Die Bundesländer wollen die Steuerautonomie auch nicht wirklich. Das Thema stand zuletzt auf der Tagesordnung der Landeshauptleutekonferenz, wurde aber wieder untergenommen.“ OP